

»Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.« (Karl Marx)

WAFFENDERKRITIK

Marxistisches Flugblatt für Studierende und Beschäftigte an der Uni

Nr. 3 21. Juni 2012

Wie radikal ist SYRIZA?



Die neueste Wahl in Griechenland galt für viele als ein Referendum pro oder contra den Euro und die EU. Der knappe Wahlsieg der konservativen Nea Dimokratia (ND) löste vorübergehend „Erleichterung“ bei der herrschenden Klasse Europas aus, bevor die Aktienkurse wieder abstürzten.

Das Bündnis SYRIZA, wurde von der Tageschau als „linksradikale Partei der Massenproteste“ betitelt. Auch wenn der Vorsitzende Alexis Tsipras am Wahlabend klar machte, dass er in keine Regierung eintreten würde, hatten Syriza und viele Unterstützer*innen aus dem linksradikalen Lager die Losung einer „linken Regierung“ aufgestellt. Doch welche radikale Alternative stellt die Partei von Alexis Tsipras wirklich?

Radikal bedeutet dem Wort nach, den Übeln an die Wurzel zu gehen. Die Schuldenlast, die der lohnabhängigen Bevölkerung Griechenlands aufgedrückt wird, fußt in den Überproduktionskrisen des Kapitalismus. Die enormen Produktivkräfte unserer Zeit (zum Beispiel Maschinerisierung des Arbeitsprozesses) ermöglichen immer mehr Waren durch immer weniger Arbeit zu produzieren. Blöd nur, dass Konsum im Kapitalismus an eben jene Lohnarbeit gebunden ist, die dank dieser Produktivkräfte nicht mehr nötig ist. Immer mehr Menschen werden arbeitslos und die produzierten Waren finden keine Abnehmer*innen.

Eine radikale Lösung wäre also der Sturz des Kapitalismus für ein System, in dem die notwendige Arbeit zu gleichen Teilen auf alle Schultern verteilt wird und somit Arbeit und Konsum den gesellschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen: Sozialismus eben.

Und was hat das mit SYRIZA zu tun? Nichts. Alexis Tsipras hat im Kern das selbe Ziel, wie ND: einen „gesunden“ Kapitalismus innerhalb der EU. Er stellt jedoch die Perspektive einer wirtschaftlichen Dynamik aufgrund neu verhandelter Sparzwänge.

Jedoch ist die destruktive Sparpolitik in der EU keine persönliche Vorliebe von Merkel und co. Die EU ist das Projekt von einigen der herrschenden Klassen Europas. Es ist im Kern von deren national-wirtschaftlichen Widersprüchen geprägt. Geht es darum, wer die Krisenkosten trägt, geht es dem deutschen Kapital um nichts anderes, als die eigene Existenz. Merkel nutzt die Troika, um deutschem Kapital (Fraport, Telekom, Siemens, RWE) den Einmarsch in den griechischen Markt zu ermöglichen. Ebenso nutzen die restriktiven Wirtschaftspolitiken in der „Peripherie“ des deutschen Kapitals dazu, die unterschwellig schwelende Krise im eigenen Land zu dämpfen.

Die Interessen der EU sind denen der lohnabhängigen Bevölkerung in Griechenland entgegengesetzt. Aber ein griechischer Kapitalismus außerhalb der EU wäre ebenfalls verheerend: Statt kapitalistischer Spardiktate würde Verarmung durch Inflation drohen.

Eine wirklich radikale Lösung liegt im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Um dies zu erreichen müssen wir der nationalistischen Konkurrenz internationalistische Solidarität gegenüber stellen. Dies bedeutet in Griechenland die Radikalisierung von Arbeitskämpfen und die Ausweitung von Erfahrungen der Selbstverwaltung, wie im Kilkiser Krankenhaus und bei der bestreikten Tageszeitung Eleftherotypia, die bereits für kurze Zeit unter demokratischer Arbeiter*innenkontrolle produzierten.

Hierzulande bedeutet Internationalismus vor allem: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“ Wir helfen der lohnabhängigen Bevölkerung in Griechenland am Besten, wenn wir den deutschen Imperialismus vor Ort angreifen. Mit Streiks, Besetzungen und einer Perspektive der Arbeiter*innenselbstverwaltung, die auf die Machteroberung der Arbeiter*innenklasse vorbereitet.

Proteste an FU und Uni Potsdam

Vor zwei Wochen belagerten hunderte Studierende nach einer Vollversammlung das Präsidium der FU, um dieses zu Gesprächen über die neue „Rahmenstudien- und Prüfungsordnung“ (RSPO) zu zwingen. Diese sollte ohne Beteiligung studentischer Gremien beschlossen werden und den Leistungsdruck in allen Studiengängen erhöhen – z.B. indem Prüfungen nur noch zweimal wiederholt werden dürfen.

Erst durch die Proteste war die Uni-Leitung zu Gesprächen bereit. Dieses Beispiel zeigt gut, dass wir als Studierende unsere Rechte nur durchsetzen können, wenn wir genug Druck aufbauen. Auch der Rücknahme der Studiengebühren in verschiedenen Bundesländern gingen Besetzungen von Bahnhöfen und Autobahnen voraus.

Die neue RSPO ist dabei Ausdruck der gleichen kapitalistischen Logik, die hinter prekären Arbeitsverhältnissen und Hartz IV steht. Ebenso sollen gerade in Potsdam die Juristische Fakultät und der Informatik-Bachelor „aus Kostengründen“ dichtgemacht werden. Diese Logik müssen wir in Frage stellen, gemeinsam mit allen Betroffenen.

Diskussionsrunden reichen dafür nicht aus: Unser Protest muss erstens radikal sein, d.h. an die Wurzel gehen und Druck auf die Mächtigen ausüben. Zweitens muss er solidarisch sein, d.h. gemeinsam mit anderen Studierenden und mit Arbeiter*innen (insbesondere denen an der Uni), Arbeitslosen und Azubis stattfinden. Drittens muss er internationalistisch sein, d.h. sich als Teil der gleichen Bewegung verstehen, wie sie aktuell in Québec, Chile und anderen Ländern vor sich geht.

Wir brauchen massive Mobilisierungen, z.Bsp. am 26.06. um 12:00 Uhr am Hbf Potsdam gegen die Schließung der Juristischen Fakultät der Uni Potsdam um zu zeigen, dass wir Einschnitte im Bildungswesen und Prekarisierung nicht weiter hinnehmen!

Herausgegeben von
R10 und unabhängigen Studierenden

ViSdP: R. Müller, Hamburg

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

D wie Demokratie

Während zehntausende Arbeiter*innen und Jugendliche gegen das gerade mal 300-köpfige Parlament Griechenlands demonstrierten, erhielten sie vom PASOK-Vorsitzenden Venizelos den Titel „Feinde der Demokratie“. Das ist angesichts der Zahlenverhältnisse auf dem Syntagma-Platz einen merkwürdiger Demokratiebegriff.

Demokratie ist generell nicht erst seit der Wiedereinführung deutscher Angriffskriege der wohl am inflationärsten gebrauchte Begriff. Historisch gab sich fast jede Form der Unterdrückung bereits den demokratischen Deckmantel: von der antiken Sklavenhaltergesellschaft des Aristoteles bis zu den USA des 20. Jahrhunderts

mit ihrem juristisch verbrieften Rassismus. Die Demokratie-Begriffe dieser Systeme waren aber grundverschieden. Woran liegt das?

Was eine Gesellschaft prägt, ist statt der Ideologie der materielle Austausch unter den Menschen. Mensch muss leben, essen, konsumieren. Eine Gesellschaft bestimmt sich darüber, wie das zu Konsumierende produziert und verteilt wird. Das nahm bisher stets die Form der Klassenherrschaft einer ausbeutenden Minderheit über eine ausgebeutete Mehrheit an. Entsprechend dieser materiellen Klassenverhältnisse entwickelte sich der jeweilige Demokratiebegriff. Demokrat*innen waren damals die männlichen

athenischen Bürger, die aufgrund der Arbeit ihrer Sklav*innen reich genug waren, Zeit für Politik zu haben. Heute sind es wenige meist männliche Parlamentarier*innen, deren „freies Mandat“ sie mehr an Konzernlobbys bindet als an die lohnabhängig schuftende Bevölkerung.

Marxist*innen stellen dem eine Gesellschaft gegenüber, die die materielle Basis (Produktion/Austausch) und den politischen Überbau (Demokratie) überein bringt. In einer sozialistischen Rätedemokratie ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln entscheiden die Menschen, deren Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum trägt, gemeinschaftlich über die Gesellschaft.

Frühling in México

Der Frühling der großen Bewegungen kommt nach Mexiko. Im Land der gescheiterten Revolution von 1910, der 70jährigen Parteidiktatur der PRI und der Unabhängigkeitskämpfe der Zapatist*innen ist im Vorfeld der kommenden Wahlen die Massenbewegung „#yosoy132“ entstanden.

Die konservative PAN, die vor zwölf Jahren das Regime der PRI übernahm und ihren brutalen und tödlichen Repressionskurs fortsetzte, schwankt im Angesicht des kommenden Urnengangs.

Jede Bewegung benötigt neben ihrer sozialen Gründe, von denen es in Mexiko viele gibt, einen direkten Auslöser. Diesen gab Enrique Peña Nieto von der PRI, der Gouverneur des Bundesstaates Mexiko. Als sich Bauern und Bäuerinnen gegen die staatliche Enteignung ihres Landes wehrten, wurden sie von der Polizei hingerichtet. Die Kritik vieler Studierenden beantwortete Nieto mit einer Diffamierungskampagne, dass sie gar keine Studierenden sondern gekaufte Provokateur*innen wären. Daraufhin veröffentlichten 131 ihre Studierendenausweise auf Youtube und der Funke sprang über: Unter dem Titel „#yosoy132“ („Ich bin der 132ste“) gingen fünfzigtausend Menschen auf die Straße gegen die Kontrolle der Medien, die fehlende Demokratie und die Perspektivlosigkeit der Jugend.

Heute hat die Bewegung landesweit Millionen hinter sich. Entsprechend versuchen Parteien ihre Energie in parlamentarische Bahnen zu lenken. Das darf nicht geschehen! Die Forderungen der Bewegungen sind im Kern die Forderungen der Revolution von 1910. Seitdem konnten wir in allen Teilen der Welt (u.a. China 1927, Spanien 1939, Ägypten heute) sehen, dass keine bürgerliche Partei dazu in Lage ist, selbst die elementarsten demokratischen Forderungen durchzusetzen. Die Lohnabhängigen, Bauern*Bäuerinnen und Jugendlichen in Mexiko benötigen eine eigene Partei und ein eigenes Programm einer Arbeiter*innen- und Bauern*Bäuerinnen-Regierung, um die längst überfälligen demokratischen und die drängenden sozialen Forderungen durchzusetzen. Dafür kämpfen unsere Genoss*innen von der LTS der Trotzistischen Fraktion für den Wiederaufbau der Vierten Internationale.

* Jetzt machen wir die Nachrichten



WAFFENDERKRITIK wird auf offenen Treffen erarbeitet. Zum Beispiel auf der Universität Potsdam: Jeden Montag, 16:00 Uhr, Raum 3.06.S16. ✉ waffenderkritik@riseup.net

Alle zwei Jahre

Spätestens seit der WM 2006 haben Fußballturniere mit deutscher Beteiligung alle zwei Jahre eine riesige schwarz-rot-goldene Party zur Folge. Auch dieses Jahr wird sie wohl noch ein wenig weitergehen, wer weiß, vielleicht sogar bis zum EM-Titel.

Das freut nicht nur Fußballfans, sondern auch Politiker*innen. Vor allem von konservativer Seite wird während solcher Turniere das „Wir“-Gefühl auf und ab gepredigt, sodass die sozialen Gegensätze in der Gesellschaft scheinbar ineinander verschwimmen. Dieses „Wir“-Gefühl ist natürlich Nährboden für rechte Propaganda. So freuen sich länderübergreifend Mitglieder von rechtsradikalen Parteien, dass während solcher Turniere an die Stelle der Vielfalt die Nation tritt.

Nur ein Bruchteil der Bevölkerung, der eine Deutschlandflagge auf dem Auto hat, ist jedoch daran interessiert, das Dritte Reich wieder aufzubauen. Gefährlich wird es aber dann, wenn sogenannte deutsche Tugenden versucht werden, biologisch zu erklären und gleichzeitig andere Nationen aufgrund ihrer angeblich anderen Gene diffamiert werden. Wie weit das gehen kann, ist an der aktuellen Hetze gegen die sogenannten „faulen Griechen“ zu sehen (siehe „C wie Chauvinismus“ unserer letzten Ausgabe von Waffen der Kritik). Eine Studie der Universität Bielefeld belegte mit der Erkenntnis, dass die Deutschen nach der Weltmeisterschaft 2006 nationalistischer eingestellt waren, als vorher, eben diesen Trend. Letztlich gilt es, den reaktionären Klassencharakter des Nationalismus aufzuzeigen und eben diesem kämpferische Gewerkschaften und eine revolutionäre Partei entgegenzustellen, um Solidarität und Zusammenhalt innerhalb der Arbeiter*innenklasse zu stiften.

RHEINMETALL ThyssenKrupp



Deutsche Bank



KRITISCHES AN DER UNI

Subversiver Lesekreis: FU - Philosophisches Institut - Dienstags - 16:00 Uhr
Marxismus-Lesekreis: Uni Potsdam - 03.01.114 - 03.Juli - 18:00 Uhr

Herausgegeben von
R10 und unabhängigen Studierenden

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

ViSdP: R. Müller, Hamburg